

Präs: 28.11.2003

Nr.: 2114/J-BR/2003

ANFRAGE

der Bundesräte Kneifel und KollegInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend
Sanierung des Amtsgebäudes Enns OÖ
für den Bezirksgerichtssprengel Enns

Derzeit wird das Amtsgebäude Enns, Kasernenstrasse 1-3, in dem sich in der einen Hälfte der Gendarmerieposten und in der anderen Hälfte das Bezirksgericht befindet saniert. Die Sanierungsarbeiten sind erforderlich, weil das Gebäude mehr als 30 Jahre alt, abgewohnt, ein enormer Energieverschwender, und für einen geordneten Dienstbetrieb eigentlich nicht mehr zumutbar ist. Leider werden die Sanierungsarbeiten nur im Bereich der Gendarmeriedienststelle durchgeführt, obwohl das Haus eine bauliche Einheit bildet, eine gemeinsame Energieversorgung hat und von Bundesbediensteten (Exekutive und Justiz) gleichermaßen als Dienststelle benützt wird.

Die unterzeichneten Bundesräte richten deshalb an den Bundesminister für Justiz folgende Fragen:

1. Stimmt es tatsächlich, dass die Bundesimmobiliengesellschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres zwar die der Gendarmerie zugewiesene Hälfte des Amtshauses generalsaniert - vom Bundesministerium für Justiz jedoch kein Auftrag zur Sanierung für die dem Bezirksgericht Enns zugeordnete Hälfte erfolgt ist?
2. Ist dem Bundesministerium für Justiz, die Notwendigkeit der Sanierung des Amtshauses in Enns bekannt?
3. Gibt es einen Zeitplan, wann die Bezirksgerichts-Hälfte des Amtshauses in Enns generalsaniert wird?

4. Wäre es für den Bund und damit für den österreichischen Steuerzahler nicht besser, das gesamte Amtsgebäude , in dem sich zwei Bundesdienststellen befinden gleich" in einem Zuge" (z. B. Kosten der Baustelleneinrichtung, Bauausschreibung, Bauaufsicht etc.) von der Bundesimmobiliengesellschaft sanieren zu lassen?
5. Welche Projekte für Neubauten und Sanierungen für Dienststellen des Bundesministeriums für Justiz im Bundesland Oberösterreich haben sie seit dem Jahre 2000 verwirklicht? Wie hoch waren die Kosten?
6. Gibt es im Ministerium eine Prioritätenliste bzw. Konzepte und Kostenschätzungen für den Sanierungs- bzw. Neubaubedarf für Amtsgebäude in Oberösterreich bis zum Jahre 2005 bzw. darüber hinaus? Wenn Ja welche?
7. Sehen Sie als zuständiger Minister einen Koordinierungsbedarf zwischen den Ministerien, damit zukünftig Amtsgebäude, die zwei oder mehrere Bundesdienststellen beherbergen, als Gesamtheit und damit kostengünstiger generalsaniert werden können?
8. Wäre es aus der Sicht ihres Ministeriums sinnvoll, die Bundesimmobiliengesellschaft für diese Koordination mit der dafür erforderlichen Kompetenzen und Budgetmittel auszustatten?

 
Germa 